



Sehr geehrte  
Damen und Herren,  
liebe Freunde,

Sie erhalten heute den Newsletter für die letzten beiden Sitzungswochen - sog. Doppelsitzungswoche - mit den aktuellen Informationen über die verschiedensten Themen. Eines der Themen war die Frage, inwiefern Arzneimittel an nicht einwilligungsfähigen Menschen getestet werden dürfen. Mit Blick auf die medikamentösen Behandlungen von Demenzkranken, wird diese Frage zunehmend behandelt. Ich diskutierte dies u.a. mit den Kollegen in der Landesgruppe NRW und mit dem Bischoff Overbeck, der im Rahmen des Kardinal-Höffner-Kreises in Berlin zu Gast war. Natürlich sehe ich die Notwendigkeit der Forschung, aber ist es ethisch vertretbar, Personen, die die Tragweite der Medikamentenerprobung nicht (mehr) erfassen können, für derartige Testreihen heranzuziehen? Die bevorstehenden Debatten werden sehr spannend werden.

Was noch geschah, lesen Sie bitte auf den folgenden Seiten.

Mit freundlichen Grüßen

*Jutta Eckebal*

Ihre Abgeordnete für den Wahlkreis Essen II

## Völkermord an den Armeniern - eine Resolution und ihre Folgewirkung

In den beiden letzten Sitzungswochen prägten die Erinnerungen an den Völkermord in Armenien von 1915/16 die Debatten.

Kollegen erhielten für ihre Meinungsäußerung sogar Morddrohungen. Lesen Sie hier die Reaktion des Bundestagspräsidenten zu Beginn der Sitzung als Auszug aus dem Protokoll:

„[...] Liebe Kolleginnen und Kollegen! Leider muss ich noch einmal auf die Armenien-Debatte der vergangenen Woche zurückkommen, zumal die Morddrohungen und -aufrufe insbesondere gegen türkischstämmige Kolleginnen und Kollegen sich mit unserer Entscheidung über die Resolution keineswegs erledigt haben, sondern zum Teil noch heftiger als zuvor fortgesetzt werden.

Ich bin daher von den Vorsitzenden aller Fraktionen gebeten worden, unsere gemeinsame Position nochmals unmissverständlich zum Ausdruck zu bringen. Ich bekräftige unsere ganz selbstverständliche Solidarität mit allen Kolleginnen und Kollegen, die im Zusammenhang mit ihrer politischen Tätigkeit bedroht oder unter Druck gesetzt werden.

*(Anhaltender Beifall im ganzen Hause)*

Wir stellen uns jeder Kritik, und wir ertragen auch persönliche Angriffe und Polemik. Doch jeder, der durch Drohungen Druck auf einzelne Abgeordnete ausüben versucht, muss wissen: Er greift das ganze Parlament an.

*(Beifall im ganzen Hause)*

Wir werden darauf entsprechend reagieren, mit allen Möglichkeiten, die uns im Rahmen der Gesetze zur Verfügung stehen. Die zum Teil hasserfüllten Drohungen und Schmähungen sind leider auch durch Äußerungen hochrangiger türkischer Politiker befördert worden. Dass ein demokratisch gewählter Staatspräsident im 21. Jahrhundert seine Kritik an demokratisch gewählten Abgeordneten des Deutschen Bundestages mit Zweifeln an deren türkischer Ab-



© Deutscher Bundestag / Achim Melde

stammung verbindet, ihr Blut als „verdorben“ bezeichnet, hätte ich nicht für möglich gehalten.

*(Beifall im ganzen Hause)*

Und die Verdächtigung von Mitgliedern dieses Parlamentes als Sprachrohr von Terroristen weise ich in aller Form zurück.

*(Beifall im ganzen Hause)*

Der Dachverband Türkische Gemeinde in Deutschland hat dies – wie die Morddrohungen gegen Abgeordnete – zu Recht als abscheulich und absolut deplatziert

*(Beifall bei Abgeordneten im ganzen Hause)*

und der Türkische Bund Berlin-Brandenburg die Reaktion auf das Abstimmungsverhalten von Abgeordneten als völlig inakzeptabel bezeichnet. Dafür möchte ich mich ausdrücklich bedanken.

*(Beifall im ganzen Hause)*

Ich würde mir wünschen, dass auch andere der zum Teil sehr großen türkischen Organisationen in Deutschland ebenso Partei für die Abgeordneten und unsere Demokratie ergreifen,

*(Beifall im ganzen Hause)*

mit ähnlich klaren und eindeutigen Stellungnahmen, wie sie bei anderen Gelegenheiten häufig sehr schnell und sehr lautstark abgegeben werden.

*(Beifall bei der CDU/CSU sowie bei Abgeordneten der SPD, der LINKEN und des BÜNDNISSES 90/ DIE GRÜNEN)*

[...]

Die gesamte Debatte zur Verabschiedung der Resolution vom 2. Juni 2016 und die Reaktion des Bundestagspräsidenten vom 7. Juni 2019 können Sie auf [www.bundestag.de](http://www.bundestag.de) nachlesen oder sich in der Mediathek ansehen.



## Integrationsgesetz - Fördern und Fordern

Die Bundesregierung unter Federführung des Bundesministeriums für Arbeit und Soziales hat in Zusammenarbeit mit dem Bundesinnenministerium den Entwurf zu einem Integrationsgesetz vorgelegt.

entfällt und die Flüchtlinge in ihre Heimat zurückkehren. Ausreichende Sprachkenntnisse, Arbeit und das Bekenntnis zur deutschen Werteordnung sind Voraussetzungen einer erfolgreichen Integration.

Mit dem Integrationsgesetz setzt Deutschland klare Maßstäbe, um anerkannte

Nach der enormen Kraftanstrengung, die unser Land auch mit Hilfe des Einsatzes



Bild: Thomas de Maiziere in der AG Kommunales

Flüchtlinge und Menschen mit guter Bleibeperspektive besser zu integrieren. Wer in unserem Land Schutz findet, soll möglichst zügig auf eigenen Beinen stehen können sowie für sich und seine Familie eine Perspektive haben. Das ist für jeden Einzelnen ebenso wichtig wie für den Zusammenhalt unserer Gesellschaft. Die CDU/CSU steht für eine realistische Integration auf Zeit, bis der Fluchtgrund

vieler ehrenamtlich tätiger Bürgerinnen und Bürger bei der Unterbringung und Versorgung geleistet hat, legen wir nun eine solide Grundlage für die notwendigen Integrations Schritte.

Im Gespräch mit dem Bundesinnenminister wurden noch einmal die Schwerpunkte debattiert. Diese sind:

- Schaffung eines Förderprogrammes in Zusammen-

arbeit mit der Bundesagentur für Arbeit

- Einführung von Sanktionen, wenn Integrationsleistungen nicht erfüllt werden bzw. Maßnahmen zur Integration verweigert werden.

- Verpflichtung zum Nachweis von Integrationsleistungen für Flüchtlingen für eine entfristete Niederlassungserlaubnis (u.a. sozialversicherungspflichtige Tätigkeit, Sprache etc.)

- Einführung einer Wohnsitzauflage für Asylsuchende, die Sozialleistungen in Anspruch nehmen

- Sicherung des Bleiberechtes für Auszubildende für die Dauer der Ausbildung plus zwei Berufsjahre

Der Bundesinnenminister wies zurecht darauf hin, dass es weiterhin wichtig sei, die Personalaufstockung in den Ausländerbehörden voranzutreiben, damit die Entscheidungen des BMAF zügig umgesetzt werden können.

## Abgeordneter auf Probe - Jugend und Parlament



„Vom 4. bis 7. Juni nahm der 20-jährige Essener Simon Wodetzki am Planspiel Jugend und Parlament in Berlin teil, ein Angebot des deutschen Bundestages. Die Jugendlichen schlüpfen für vier Tage in die Rolle der Bundestagsabge-

ordneten und spielten in Berlin fiktiv das Prozedere von vier Gesetzesinitiativen durch.

Für mich war es eine besondere Erfahrung, im Plenarsaal des Bundestages zu sitzen und sich im Parlament an den Plätzen völlig frei bewegen zu können, wo im Normalfall die Abgeordneten des Deutschen Bundestages tagen und bedeutende Entscheidungen für Deutschland treffen. Bei den Sitzungen in den Ausschüssen, in denen wir Planspiele zum Gesetzgebungsverfahren simuliert haben, ist mir bewusst geworden, dass die Arbeit im Parlament ein Ringen um Lösungen ist, das sehr zeitaufwendig sein kann und wo als Ergebnis der Debatte oft ein Kompromiss entsteht,

der als gemeinsamer Nenner für alle tragfähig ist.

Jutta Eckenbach hat mich sehr freundlich empfangen, mir ihr Abgeordnetenbüro gezeigt und bei einem Essen einen Einblick in ihre politische Tätigkeit gegeben. Danken möchte ich Jutta Eckenbach und ihrem Büro für die gute Betreuung.“ Simon Wodetzki



## Berufsbildungsbericht 2016 - Essen weiterhin angespannt

Wir berieten den Bericht der Bundesregierung, der gut nachvollziehen lässt, dass sich die Lage am Ausbildungsmarkt für Ausbildungsplatzbewerber im Jahr 2015 positiv entwickelt hat.

100 ausbildungsplatzsuchenden Schulabgängern standen 103,7 Ausbildungsangebote gegenüber – so viele wie seit mehr als 20 Jahren nicht mehr.

Für viele Betriebe ist es hingegen erneut schwieriger geworden, ihre angebotenen Ausbildungsstellen zu

besetzen. Die Zahl der neu abgeschlossenen Ausbildungsverträge ist mit 522.094 im Jahr 2015 gegenüber dem Vorjahr leicht gesunken, die Zahl der betrieblichen Ausbildungsplätze mit 503.200 hingegen leicht gestiegen. Zugleich erreichte die Zahl der gemeldeten unbesetzten betrieblichen Ausbildungsstellen mit einem Plus von 10 Prozent auf 41.000 einen neuen Höchststand.

Die Zahl der unversorgten Bewerber ging gegenüber dem Vorjahr auf rund 20.700 (minus 0,8 Prozent) zurück.

In Essen haben sich seit Beginn des Berichtsjahres am 1. Oktober 2015 3.219 Bewerber/innen für Ausbildungsstellen bei der Berufsberatung gemeldet, 13 mehr als im Vorjahr. Davon sind aktuell bereits 1.905 mit einer Ausbildungsstelle, einem Studienplatz oder sonstiger Alternative versorgt. Als unversorgt gelten demnach noch 1.314 Bewerber/innen, 89 weniger als im letzten Jahr zu diesem Zeitpunkt. Dennoch ist der Ausbildungsmarkt in Essen angespannt - es gibt weiterhin viel zu tun.





## Juttas Wochen in Essen (16. Mai bis 27. Mai 2016)

Mit einem verlängerten Pfingstweekenende habe ich im Urlaub wieder neue Kraft getankt, um gestärkt für Sie unterwegs zu sein.

Einer der sich sofort anschließenden Termine, war der Besuch einer Schulklasse der Nelly-



Schulklasse der Nelly-Neumann-Schule

Neumann-Schule in Altenessen. Das besondere dieser Schulklasse ist, dass mit engagierten Pädagogen und Sozialarbeitern den Schülerinnen und Schülern eine

letzte Möglichkeit gegeben wird, ihren Schulabschluss zu erreichen. Die Schülerinnen und Schüler erhalten viel Unterstützung in der Bewältigung des schulischen und des persönlichen Alltages. Ihnen werden Wege aufgezeigt, wie ein Leben ohne Gewalt und Kriminalität möglich ist. Ich unterstützte die Schulklasse mit einem Besuch in Berlin, der vielen Schülern so nie möglich gewesen wäre.

Gleich im Anschluss eilte ich zur Fürstin-Franziska-Christine-Stiftung nach Steele, um der Einladung von Peter Renzel zu einem Diskussionsforum zu fol-



Podium in der FSC-Stiftung zum Thema Pflege

gen. Thema: Pflegeberufegesetz der Bundesregierung. In einer lebendigen Diskussion mit den Akteuren im Bereich Pflege wurde deutlich, dass die Intention der Bundesregierung zwar begrüßt wird, aber dennoch weiterer Änderungsbedarf in dem Gesetzesentwurf dringend erachtet wird.

Zwischen den Sitzungswochen folgte ich unter ande-

rem der Einladung des CJD zum Tag der offenen Tür. Auch hier ergaben sich weitere Gespräche

zu den verschiedensten Gesetzesinitiativen der Bundesregierung.



## Mach mit! - Demokratie leben.

Liebe Leserinnen und Leser, wie ich immer wieder mitteile, lebt Demokratie vom Mitmachen. Machen auch Sie mit!

Sie suchen das persönliche Gespräch mit mir, dann rufen Sie mich an. Sie möchten mich auf Veranstaltungen hinweisen, dann rufen Sie mich an. Sie planen Veranstaltungen, an denen ich teilnehmen soll, dann rufen Sie mich an.

Sie erreichen mich und mein Team sowohl in Berlin unter 030/227-72567 oder in Essen unter 0201/80 67 38 68.

Nächste Möglichkeit:

Rufen Sie die Essener Bundestagsabgeordnete Jutta Eckenbach in der offenen Telefonsprechstunde am Mittwoch, 15. Juni 2016 an! Zwischen 12:00 und 13:30 Uhr können Sie die Abgeordnete unter der Telefonnummer 0201-80 67 38 68 erreichen.

### Kontakt

#### Büro Berlin

Platz der Republik 1  
11011 Berlin

Tel. 030 227-72567  
Fax 030 227-76569

#### Büro Essen

Blücherstraße 1  
45141 Essen

Tel. 0201 80 67 38 68  
Fax 0201 80 6738 70

[www.JuttaEckenbach.de](http://www.JuttaEckenbach.de)

[www.facebook.com/JuttaEckenbachMdB](https://www.facebook.com/JuttaEckenbachMdB)

[jutta.eckenbach@bundestag.de](mailto:jutta.eckenbach@bundestag.de)